

**Starke Bezirke
für Berlin**

Landesparteitag der LINKEN
Sonnabend, 11. Oktober,
Beginn: 9 Uhr, Max-Taut-Aula



Foto: Katrin Petermann

So viel Spaß macht der Schulbeginn: Beim Zuckertütenfest in der Anna-Seghers-Bibliothek versammelte Christian Rau im Nu musikalische ABC-Schützen um sich.

Feste mit Hindernissen

„Bücher entdecken ist wie eine Schatztruhe zu öffnen. Das Zuckertütenfest ist ein Schlüssel zu dieser Schatztruhe“, sagte Bezirksstadtrat Michael Räsler-Wolff bei der Eröffnung des diesjährigen Zuckertütenfestes in der festlich geschmückten Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek. Alle Lichtenberger Bibliotheken und der Verein „Gemeinsam in Lichtenberg“ hatten zu diesen Festen eingeladen. Vor drei Jahren hatte Gesine Löttsch, die auch Vorsitzende des Vereins ist, die Idee dazu. Anlass waren besorgniserregende Zahlen über immer mehr Schüler mit erheblichen Leseschwierigkeiten. Die Bundestagsabgeordnete wollte, dass die Schulkinder möglichst schnell unsere Bibliotheken kennenlernen. 2006 wurde das erste Zuckertütenfest gefeiert.

Am 13. September, kurz nach 10 Uhr, füllten sich schlagartig die Lesesäle mit neugierigen Lernanfängern. Einige Vereine, wie UNDI-NE, Schülerhilfe und Kiezspinne, nutzten die Gelegenheit, sich den Kindern und Eltern vorzustellen.

Gesine Löttsch, Katrin Lompscher, Steffi Schulze, Evrim Baba, Marion Platta, Katrin Framke und Andreas Prüfer lasen in den Bibliotheken den Kindern aufregende Geschichten vor. Eine große Überraschung war natürlich die Tombola. Buch- und Spielzeugläden hatten die Gewinne für das Fest gespendet.

Der Lichtenberger SPD sind die beliebten Zuckertütenfeste ein Dorn im Auge. Sie versucht jedes Jahr, mit politischen und juristischen Tricks die Feste zu verhindern. Angeblich nutze die LINKE das Zuckertütenfest für ihre politische Werbung. „Natürlich lagen in den Bibliotheken keine Anträge auf Parteimitgliedschaft oder Werbematerial aus. Doch es ist nicht ausgeschlossen, dass Eltern den Eindruck haben, DIE LINKE kümmere sich um die Probleme ihrer Kinder“, sagte Katrin Petermann, die das Fest organisiert hatte.

Und: „Auch in diesem Jahr wurden Stadträte, Verordnete und Abgeordnete aller demokratischen Parteien zum Fest geladen – es kamen nur die LINKEN.“ *Singer/Krause*

Mir sann net links

von Martin Walter

Dieser Abend hat was „Revolutionäres“, meinte am Wahlsonntagabend ein Kommentator, kaum dass die ersten Hochrechnungen über die Landtagswahlen in Bayern vorlagen. Das „Revolutionäre“: Die seit 46 Jahren selbstherrlich allein regierende CSU verlor die absolute Mehrheit; ihr liefen die Wähler in Scharen davon. Sie ist jetzt mit etwa 43 Prozent noch so stark wie das wiederum gewachsene Lager der Nichtwähler. Der Fernsehzuschauer erlebte dann auch auf allen Kanälen eine Runde der Schadenfrohen. Selbst die SPD, die mit unter 19 Prozent ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis in Bayern hinnehmen musste, tröstete das CSU-Debakel sichtbar. Sie übergang geflissentlich, dass die verloren gegangenen CSU-Stimmen nicht ihr oder anderen Linken zugute gekommen waren, sondern im sogenannten bürgerlichen Lager geblieben sind. „Beide ‚Volksparteien‘ haben Wähler verloren“, jubelte die FDP. Sie und die Grünen sind die Wahlgewinner, ebenso die sogenannten Freien Wähler, die enttäuschte CSU-Anhänger auffingen.

„Mir sann Papst – und net links“, könnte der bayerische Wähler sagen. Aber so einfach liegen die Dinge hier jetzt nicht mehr. Denn DIE LINKE hat den Einzug in den Landtag nur knapp verfehlt. Zwar hat sie erfahren müssen, dass nicht alle linken Blütenträume reifen, zumindest nicht so schnell, wie gehofft, aber für das rabenschwarze Bayern sind ihre 4,4 Prozent sensationell. Der engagiert und couragiert (nötig in Bayern, wo die CSU zum „Kreuzzug“ gegen die LINKE aufgerufen hatte!) geführte Wahlkampf der LINKEN hat wesentlich dazu beigetragen, die CSU zu entzaubern. Darauf kann DIE LINKE stolz sein.

In dieser Ausgabe

- Kubas Wirtschaft, die Blockade und die Hurrikan-Saison (Seite 2)
- Warum ein Ergänzungshaushalt in Lichtenberg? (Seite 3)
- Berichte aus dem Bezirk (Seite 4)
- ProReli-Demagogie (Seite 6)
- Der Konflikt im Kaukasus (Seite 7)



Cuba vive!

Kuba kennen viele nur von der Getränkekarte. Selbst der aufmerksame Zeitungsleser erfährt nur wenig über das Land: Kubaner verlassen ihre Heimat, Fidel ist krank oder ein Oppositionsgrüppchen bläst mal wieder ein Statement in die Luft. Selbst wenn Tropenstürme ganze Landstriche umgraben – die Journalisten berichten eher aus Haiti oder Texas.

Dabei passiert einiges auf der Insel: Die Wirtschaft hat sich stabilisiert, die Wachstumsraten des BIP bewegen sich seit einigen Jahren zwischen 8 und 12 Prozent. Und die Kubaner diskutieren die Zukunft ihres Landes: Es geht um die Mitwirkung bei Entscheidungen, die öffentliche Kontrolle der Verwaltung, die zwei Währungen, das Wohnungsproblem oder die Einkommen, die oft nicht ausreichen, um Grundbedürfnisse zu befriedigen. Fidel Castro selbst forderte im Mai 2000 seine Landsleute zu dieser Debatte auf.

Vergessen wir nicht: Durch die US-Blockade seit 1960 und den Zusammenbruch des sozialistischen Lagers 1990 verlor Kuba zweimal innerhalb von 30 Jahren fast alle Wirtschaftsbeziehungen. Um das Land endgültig in die Knie zu zwingen, haben die USA die Blockade noch verschärft: 1992 mit dem „Torricelli Act“, 1996 durch das „Helms-Burton-Gesetz“.

Heute verurteilen fast alle Staaten die US-Blockade. 2007 stimmten in der UNO nur noch die USA, Israel, die Marshall-Inseln und Palau für diesen Handelskrieg gegen Kuba. Trotzdem besteht die Blockade weiter – und sie bereitet der kubanischen Wirtschaft nach wie vor große Probleme.

Aber Kuba durchbricht mehr und mehr die Isolation und entwickelt sich zu einem interessanten Partner für die Wirtschaftswelt. Mittlerweile arbeiten über 200 Joint Ventures auf der Insel, ca. 90 000 Kubaner haben eigene kleine Unternehmen gegründet. Mit Venezuela, China, Brasilien, Russland und Kanada unterhält das Land enge Wirtschaftsbeziehungen. Die Säulen der kubanischen Ökonomie sind die Nickel- und Kobaltproduktion, der Tourismus sowie der Export von medizinischen Leistungen.

Eine Zahl überrascht besonders: Kuba deckt heute etwa 50 Prozent seines Erdölbedarfs selbst. Mit kanadischen und chinesischen Firmen erschließt das Land neue Lagerstätten u. a. im Golf von Mexiko. Konzessionen hat Kuba auch Unternehmen aus Spanien, Norwegen, Indien, Malaysia und Venezuela erteilt. Die ausländischen Investitionen belaufen sich auf ca. 1,5 Mrd. US-Dollar.

Venezuela half auch, die 1995 stillgelegte Raffinerie „Camilo Cienfuegos“ wieder in Betrieb zu nehmen. Sie soll das Zentrum eines Industrieparks werden, das nicht nur Kuba, sondern auch andere Länder der Karibik mit Chemierzeugnissen versorgen soll.

Viel Kraft steckt Kuba in die Energiegewinnung aus alternativen Quellen. Auf der ganzen Insel wurden über mehrere Jahre Wind-



Foto: Cuba Sí

Von der Arbeit der Cuba-Sí-Projekte profitieren mehr als 300 000 Menschen.

stärken analysiert, um geeignete Standorte für Windparks zu finden. Die französische Firma Vergnet hat eigens für die Zusammenarbeit mit Kuba Rotortürme entwickelt, die bei Sturm gekippt werden können. In 8 Jahren sollen 20 Prozent des benötigten Stroms mit Windanlagen produziert werden.

Einen exzellenten Ruf genießt Kuba weltweit in der Biotechnologie und Pharmazie. Die Firma CIGB in Havanna z. B. hat ein Medikament für Diabetiker (Citoprot-P) entwickelt, das Amputationen verhindern kann. Das deutsche Pharmaunternehmen „Oncoscience“ in Wedel bei Hamburg hat die Lizenz für den Vertrieb eines Krebspräparates in 46 europäische Länder erworben. Kuba produziert außerdem biologische Düngemittel und Impfstoffe gegen Tierseuchen.

Fortschritte macht Kuba auch bei den Dauerproblemen Transport und Wohnungsbau: Seit letztem Jahr fahren 5 000 Busse chinesischer Produktion auf Kubas Straßen; 110 000

neue Wohnungen sind 2007 fertiggestellt worden (20 000 waren es im Jahr 2005).

Auch in der Landwirtschaft beschreitet Kuba seit 1990 neue Wege: Es gibt wieder Bauernmärkte, Genossenschaften (UBPC) wurden gegründet und unrentable Betriebe geschlossen. Qualitätsabhängige Preise sollen Anreize für mehr Eigeninitiative schaffen.

Trotzdem muss Kuba noch immer einen Großteil der Lebensmittel importieren. Wegen der hohen Weltmarktpreise klettern die Ausgaben dafür in diesem Jahr auf 2,55 Milliarden US-Dollar. Raúl Castro hat deshalb unlängst die Ernährungssouveränität zu einer Frage der nationalen Sicherheit erklärt. Seit dem 17. September 2008 regeln neue Gesetze die Vergabe staatlichen Bodens. Brachliegende Flächen sollen so möglichst schnell wieder landwirtschaftlich genutzt werden.

Die AG Cuba Sí organisiert seit 1993 Landwirtschaftsprojekte in Kuba und leistet damit Hilfe zur Selbsthilfe. Die Projekte laufen in der Regel 3 Jahre. In dieser Zeit werden sie mit Spenden in Höhe von jeweils 300 000 US-Dollar unterstützt. Mehrere Projekte konnten bereits übergeben werden; sie arbeiten heute selbständig. Zurzeit betreut Cuba Sí vier Projekte: in Guantánamo, Pinar del Río, Sancti Spiritus und Havanna.

Das Projekt in Pinar del Río z. B. versorgt normalerweise 72 000 Menschen mit Milch, Fleisch, Obst und Gemüse. Aber die Hurrikane „Gustav“ und „Ike“ haben dort innerhalb von 8 Tagen fast die gesamte Infrastruktur zerstört. Viele landwirtschaftliche Kulturen (Bananen, Maniok, Zitrus, Zuckerrohr) sind vernichtet. Für den Wiederaufbau konnte Cuba Sí 100 000 Euro als Soforthilfe überweisen.

Fazit: Cuba vive – Kuba lebt! Das sozialistische Land kann Ergebnisse vorweisen, die vor 15 Jahren keiner für möglich hielt. Kuba hat es sogar geschafft, in der „Periodo especial“ sein vorbildliches Sozialsystem aufrechtzuerhalten. Trotzdem ist Kuba nach wie vor ein Entwicklungsland – dem die Sturköpfe in den USA (und leider auch in Deutschland und der EU) immer wieder Steine in den Weg legen. Deshalb braucht Kuba – nicht nur in der Hurrikan-Saison – weiter unsere Solidarität.

Jörg Rückmann

● **Weitere Informationen:** www.cuba-si.org

Milch für Kubas Kinder

Sonderspendenkonto beim Parteivorstand
DIE LINKE/Cuba Sí Nr. 13 2222 10,
Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00,
VWZ: Milch für Kubas Kinder/Pinar del Río



Ein „Ort der Vielfalt“

66 Kommunen aus ganz Deutschland – darunter auch Lichtenberg – dürfen sich seit dem 23. September „Ort der Vielfalt“ nennen. Damit wird ihr beispielhaftes Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ausgezeichnet. Die Menschen, die sich in diesen Orten engagieren, seien Vorbilder im Denken und Handeln, erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Hermann Kues. „Sie zeigen, wie wertvoll ein friedliches und respektvolles Miteinander für die gesamte Gesellschaft ist.“

Die Preisverleihung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend; 2. v. r. Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich



Kein Zwangshaushalt für das Jahr 2009

„Der Rotstift regiert in Lichtenberg“ – so oder so ähnlich wird es wieder in der lokalen Presse zu lesen sein, wenn die BVV aktuell einen Ergänzungshaushaltsplan für 2009 diskutiert. Bereits jetzt wurden einige Kürzungsvorschläge des Bezirksamtes und verschiedene Summen kolportiert. Doch was verbirgt sich hinter einer solchen Schlagzeile?

Minusmogelei

Zunächst ist festzuhalten, dass es sich beim Bezirkshaushalt um ein Minus von 9,3 Mio. Euro handelt. Es geht nicht um 14 oder gar 15 Millionen, wie es, namentlich von der SPD, aus unseriösen Beweggründen heraus verbreitet wird. 9,3 Mio. bei einem Haushalt von insgesamt 550 Mio. Euro hört sich nach einer überschaubaren Größe an, die in einem „Sparnachtrag“ leicht gekürzt werden könnte. Werden jedoch all jene Gelder abgezogen, die der Bezirk vom Land Berlin nur „durchreicht“, wie Wohngeld, Kitaplätze etc., weil er gesetzlich dazu verpflichtet ist, gerät die Kürzungsaufgabe schwieriger.

Lob für Linke

Doch wie konnte es dazu kommen, dass der Bezirk in diesen Größenordnungen kürzen muss? Ist der Beweis erbracht, dass die Linke im Allgemeinen und DIE LINKE im Besonderen nicht mit Geld umgehen können? Ziehen wir an dieser Stelle den Fraktionsvorsitzenden der SPD in Lichtenberg, Herrn Becker, zu Rate. Dieser stellte für die Vergangenheit der bezirklichen Haushaltspolitik „ein im Landesvergleich gutes Zeugnis“ aus; ein Hinweis darauf, dass mit absoluter Mehrheit der LINKEN

die Dinge besser waren? Ist das Erstarken der SPD mit dem letzten Wahlergebnis Gift für den Bezirkshaushalt? Tatsächlich ist die SPD für das Zustandekommen des Defizits mitverantwortlich. Doch sind hier die Landes-SPD und deren Finanzsenator gemeint.

Ferner muss man wissen, dass sich das aufzulösende Minus für 2009 zur Hälfte aus den Defiziten der Jahre 2003, 2005 und 2007 zusammensetzt. In diesen Jahren wurde jeweils mehr Geld ausgegeben, als wir tatsächlich vom Land Berlin bekommen haben. Jedoch haben wir seriöse Haushaltspläne aufgestellt und beschlossen, die kein Defizit vorsahen.

Defizit durch Landeswillkür

Allein, die laufenden Ausgaben entwickelten sich anders. Prominentes Beispiel hierfür ist die Gewährleistung von Hilfen zur Erziehung (Gespräche, ambulante Therapien, Heimunterbringung). Darauf haben junge Menschen in Not einen Rechtsanspruch – aber dafür reicht das zugewiesene Geld vom Land Berlin nicht aus. Sollten Haushaltspläne jetzt und künftig eingehalten werden, muss das Land Berlin alle im Bezirk anfallenden Kosten für Hilfen zur Erziehung erstatten. Eine Forderung, die sich naturgemäß auch an unsere Fraktion im Abgeordnetenhaus richtet.

Die andere Hälfte des Defizits entstand, sehr viel einfacher und mysteriöser zugleich, mittels Schreiben der Senatsfinanzverwaltung. Darin wurde dem Bezirk Mitte des Jahres mitgeteilt, dass er nunmehr 4,8 Mio. Euro Schulden mehr habe. Auf welcher Grundlage diese Berechnung gemacht wurde, bleibt unklar. Neben dieser Verantwortlichkeit des Se-

nats ist es jedoch der Bezirk, der beweisen muss, mit den ihm zugewiesenen Mitteln wirtschaften zu können. Nicht als Selbstzweck, sondern um zum Beispiel das Musikschulkonzept oder das Gedenktafelprogramm weiter finanzieren zu können.

Diese und viele andere Ausgaben würden entfallen, sollte es der BVV nicht gelingen, einen Haushalt zu verabschieden. Dann droht die Kuratel der Senatsfinanzverwaltung. Das ist für unseren Bezirk sicher keine Alternative. Friedrichshain-Kreuzberg machte erst in diesem Jahr die Erfahrung, dass ein gekürzter Haushalt immer noch besser als gar kein Haushalt ist und beschloss deshalb diesen nachträglich.

Nicht nur markige Sprüche

Das Bezirksamt in Lichtenberg übergab in der September-BVV uns Verordneten einen Haushaltsplanentwurf, der immer noch ein Minus von einer guten Million Euro vorsah. Darin sind schwer verdauliche Vorschläge, wie die Kürzung des Medientats der Bibliotheken, die Verringerung der Anzahl der stationären Bürgerämter um jenes am Anton-Saefkow-Platz sowie verringerte Angebote bei Jugendberufshilfen oder Schulstationen bereits enthalten. Nun kommt es darauf an, dass sich die anderen Parteien in der BVV einem konstruktiven Verhandlungsprozess öffnen. Erste Zeichen von CDU und Bündnis90/Grünen sind wenig hoffnungsvoll. So ist es an der SPD, zu beweisen, dass hinter markigen Sprüchen auch die Bereitschaft steht, Verantwortung zu übernehmen. DIE LINKE ist bereit, auch wenn es am Ende heißt „Der Rotstift regiert in Lichtenberg“.

Christian Petermann,
Fraktionsvorsitzender der LINKEN in der BVV



Neuer Kiezzgarten

„Das Schaffen selbst ist eitel Bewegung, Das stümpert sich leicht in kurzer Frist ...“ heißt es in den „Schöpfungsliedern“ von Heinrich Heine. Stümpern muss auch das Motto gewesen sein für die Planung des „Kiezzgartens“, der am 28. August in Lichtenberg-Süd eröffnet wurde. Er entstand auf einer jahrelang verwahrlosten 3 000 Quadratmeter großen Fläche an der Dolgenseestraße hinter den Häusern Nummer 14 bis 18.

„Für das Projekt wurden viele Anregungen der Anwohner aufgegriffen“, heißt es in der



„Aktiv-Spielplatz“ oder „Kiezzgarten“ – egal wie er heißt: Überfüllt ist er zu keiner Tageszeit, selbst bei schönstem Wetter nicht.

Pressemitteilung des Bezirksamtes. Das mag sein. „Vier Betreuer stehen den Besuchern von 9 bis 19 Uhr zur Verfügung“, verlautete das Bezirksamt. Die wurden wohl nicht zum Projekt befragt.

Wie sonst ist es zu erklären, dass bei Gesamtkosten von 217 000 Euro – das Bezirksamt hat davon 109 000 Euro aus zweckgebundenen Mitteln des Stadtumbaus Ost beigesteuert – der Kiezzgarten weder einen eigenen Wasseranschluss noch einen Stromanschluss erhalten hat! Eine Laube als Aufenthaltsraum für die Mitarbeiter und für Geräte ist in der kalten Jahreszeit nicht beheizbar. Die Mitarbeiter können sich nicht einmal einen Kaffee kochen. Das Wasser für den Garten muss über lange Schlauchverbindungen von außerhalb herangeführt werden. Die Schläuche müssen mit der Hand auf- und abgewickelt werden – einen Schlauchwagen, den es schon für 60 Euro im Baumarkt gibt, konnte sich das Projekt nicht leisten

So toll besucht ist der Kiezzgarten nicht – das stellte ich bei wiederholten Stippvisiten zu verschiedenen Tageszeiten fest. Hier müssen „Betreiber“ und Anlieger nachdenken, wie das zu ändern ist.

Nur etwa 300 bis 400 Meter vom Kiezzgarten entfernt begannen Arbeiten für einen Bürgerpark. „Ein Konkurrenz-Unternehmen“ sorgen sich die Mitarbeiter. Was beim Kiezzgarten falsch lief, lässt sich hier noch vermeiden. Vielleicht sollten die Planer bei Heine einfach weiterlesen:

„Jedoch der Plan, die Überlegung, Das zeigt erst, wer ein Künstler ist.“

Martin Walter

Kein Parteiengenzänk

Bürger fragen – Politiker antworten zur Kommunalpolitik, so das Motto eines Forums, zu dem die Volkssolidarität und die ARBLI GmbH am 24. September in das Stadthaus einluden. Es kamen 45 Gäste, vor allem aus Ortsgruppen der Volkssolidarität, vom Lichtenberger Bündnis für Gerechtigkeit, von der Seniorenvertretung und der gastgebenden ARBLI.

Die Parteien waren vertreten durch Gesine Löttsch (LINKE), die Abgeordnete Birgit Monteiro (SPD), die auch Geschäftsführerin der „Kiezzspinne“ ist, und die Bezirksverordnete Beate Kitzmann (Bündnis 90/Grüne), Leiterin der Naturschutzstation Malchow.

Für viele ist Sozialabbau zur bitteren Erfahrung geworden. Arbeitslosen droht der unbremste Fall in Hartz IV, Familien mit Kindern oder ältere Arbeitslose geraten rasch in Armut, Kranke müssen kräftig zuzahlen, die Kaufkraft der Renten ist drastisch gesunken. Und in Lichtenberg sind durch die Haushalts Einschränkungen soziale und kulturelle Leistungen gefährdet.

Dieses Bild widerspiegelte sich in zwei Stunden lebhafter Diskussion. Gesine Löttsch konnte mehrfach nachweisen, dass Anträge der LINKEN im Parlament, auch wenn sie zunächst abgelehnt wurden, in manchen Fällen doch zum Ziel führten. Frau Kitzmann nahm ein paar konkrete Aufträge in die BVV mit.

Was mir gefallen hat: Es gab kein Parteiengenzänk – auch wenn es zu der einen oder anderen Frage unterschiedliche Meinungen gab. Ob das daran lag, dass drei Frauen auf dem Podium saßen? Inge Junginger

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

Offene Jugendklubs

27 der 45 Lichtenberger Jugendfreizeiteinrichtungen öffnen auch an Wochenenden. Die 4 vom Bezirk geleiteten Einrichtungen bieten diese Leistungen vierzehntägig an. 12 in freier Trägerschaft befindliche Klubs stehen jeden Samstag offen. Als einziger Klub hat der BBC auch sonntags geöffnet.

Ein Sozialarbeiter pro Schule

„Es besteht die Absicht, während der nächsten Jahre in jeder Lichtenberger Grundschule einen Sozialarbeiter einzustellen“, so Schulstadträtin Kerstin Beurich. Dafür gibt der Senat 2,1 Mio. Euro, freie Träger unterstützen das Projekt personell.

Vorlesen fördern

Das Vorlesen in Kindergärten soll gefördert werden. Dies hat die BVV auf Antrag der LINKEN beschlossen. Das Bezirksamt soll die Ergebnisse von „Deutschland liest vor – Lichtenberg liest mit“ und die künftige Förderung dieses Projekts darstellen. Bisher gab es 80 Vorleser in 18 Kitas und Schulen des Bezirks.

Tüten für Tonnen

3,5 Tonnen Hundekot fallen täglich in Lichtenberg an, informierte der Leiter des Ordnungsamtes Wolfgang Mauermann. Um die lästigen „Tretminen“ zu beseitigen, wurden u. a. im Weitlingkiez 20 „Tütenspender“ aufgestellt. Kostenpunkt: 6 000 Euro.

Stadionwert steigt

„HOWOGE-Arena Hans Zoschke“ könnte bald die Sportstätte an der Normannenstraße heißen. Die HOWOGE will die Erweiterung des Sozialtraktes mitfinanzieren, um das Stadion aufzuwerten. Laut HOWOGE stimmten die Tochter Hans Zoschkes und die VVN/BdA dieser Namensänderung zu.

Denkmalgeschützt wohnen

21 Wohnlagen in Lichtenberg sind denkmalgeschützt. Dazu gehören der Flusspferdhof in der Große-Leege-Straße sowie die Platzrandbebauung mit Gerichtsgebäude und Kirche am Roedeliusplatz. 3 Bau- und 3 Gartendenkmale vervollständigen die Liste.

Prämierte Fotos



Foto: Anita Kempf

Beim Fotowettbewerb „100 Jahre Lichtenberg“ hat die vom BV der LINKEN berufene Jury die Preisträger ermittelt:

- **1. Preis:** Anita Kempf für ihre Arbeit „Abwicklung des Industriegebietes Herzbergstraße“ (→ Foto oben)
- **2. Preis:** Christa Seidel: „Fennpfuhl“
- **3. Preis:** Sabine Warsow: „Spiegelung im Fennpfuhl“ WS

Rassismusbekämpfung ohne „Rasse“?

Das „Neue Deutschland“ vom 9. September überschrieb eine 30 Zeilen-Notiz: „Rasse aus Gesetzen tilgen“, und versah sie mit dem Untertitel „Appell des Instituts für Menschenrechte“. Das Wort *Rasse* habe aus dem Grundgesetz zu verschwinden, weil dieser Begriff „historisch extrem belastet“ sei. In einigen europäischen Ländern werde der Begriff in Gesetzestexten nicht mehr verwendet. In Deutschland sei dieser Schritt „längst überrück“. Wie aber will man den Missbrauch von Begriffen bzw. der sie sprachlich ausdrückenden Worte bekämpfen ohne ihre Benennung? Dies betrifft ja nicht nur das Wort *Rasse*, sondern auch Ableitungen wie *Rassist*, *rassistisch*, *Rassismus*, *Antirassist*, *antirassistisch*, *Antirassismus* oder Zusammensetzungen wie *Rassendiskriminierung*, *Rassentheorie*, *Rassenfrage*, *Rassenwahn* ...

Neue Sachlichkeit

Dr. Gesine Löttsch, Bezirksvorsitzende der Lichtenberger LINKEN, erklärt zu der Veranstaltung „Die Gründerväter der deutschen Geheimdienste nach dem 2. Weltkrieg“ am 5. Oktober, 10 Uhr, in den Räumen der LINKEN:

„Im Rahmen der ‚Lichtenberger Sonntagsgespräche‘ wird Werner Großmann, ehemaliger Chef der HVA, sich der Diskussion stellen. Alle Menschen, die sich für dieses Thema interessieren, sind zu der Diskussion herzlich eingeladen. Ich erwarte viele kritische Fragen an Werner Großmann und bin mir sicher, dass alle Beteiligten mit neuen Erkenntnissen die Räume der LINKEN verlassen werden.“

Die Aufregung einiger Journalisten und Lokalpolitiker wäre zu erwarten gewesen, könne aber DIE LINKE nicht daran hindern, sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen. Es sei unlogisch immer wieder zu behaupten, DIE LINKE setze sich nicht mit ihrer Geschichte auseinander, und im gleichen Atemzug von ihr das Verbot von Diskussionen zu fordern.

„DIE LINKE wünscht sich 19 Jahre nach dem Fall der Mauer eine neue Sachlichkeit im Umgang mit der DDR-Geschichte. Dass einige Journalisten und Lokalpolitiker für Sachlichkeit nicht bezahlt werden, ist mir allerdings bekannt.“ Die sehr sachliche FAZ-Rezension des Großmann-Buches „Bonn im Blick“ von Jochen Staadt, Forschungsverbund SED-Staat, bilde hier eine Ausnahme.

Vor etwa 200 000 Jahren entstand in Afrika der sogenannte moderne Mensch, der *Homo sapiens*. Er breitete sich über die ganze bewohnbare Erde aus – in Europa tauchte er vor etwa 40 000 Jahren auf – und musste dabei umweltbedingt körperliche Varianten hervorbringen. Also z. B. unterschiedliche Haut-, Haar- oder Augenfarbe. Für Populationen, die sich durch solche und andere angeborene Merkmale unterscheiden, ist die Bezeichnung *Rasse* üblich geworden. Mit einer Unterscheidung zwischen angeblich „höheren“ und „niederen“ Menschenrassen hat dies absolut nichts zu tun.

Wie man der „tageszeitung“ entnehmen kann, die der Frage etwas mehr Raum widmet als das „ND“, sind die im Gutachten des Instituts enthaltenen Verbesserungsvorschläge kaum überzeugend. Wenn z. B. im Gleichbehandlungsgesetz künftig stehen soll, Ziel des Gesetzes sei es „rassistische Benachteiligungen ... zu verhindern“, ist der Begriff *Rasse* keineswegs getilgt. R. Löttsch

Veranstaltungen

- **Dienstag, 14.10., 18.30 Uhr**
„Preiswucher vertieft Armut, bezahlbare Preise gehören zur sozialen Gerechtigkeit!“, Forum mit Prof. Dr. Günter Hoell (AG beim PV), KULTSchule, Sewanstr. 43
- **Freitag, 24.10., 10 Uhr**
Prozess gegen NPD-Hähnel, (Katrin Framke ist als Zeugin geladen. Lassen wir sie nicht allein! Personalausweis nicht vergessen!), Amtsgericht Tiergarten, Wilsnacker Straße 4
- **Montag, 27.10., 19 Uhr**
„Direkte Demokratie – gut für Bürger, schlecht für die Politik?“, Forum mit Dr. P.-R. Zotl und Prof. St. Schulze; „Kiezspinne“, Schulze-Boysen-Straße 38

Hauptversammlung der LINKEN einberufen

Der Bezirksvorstand der LINKEN beruft die 1. Tagung der 2. Hauptversammlung des Bezirksverbandes Lichtenberg ein: **Wochenende 15./16. November 2008**, jeweils 9 Uhr, Festsaal der CORVUS GmbH, Herzbergstraße 84, 10365 Berlin

Themen: Halbzeit der LINKEN in der BVV, Wahl der Delegierten zum 2. Landesparteitag, Nachwahl eines Mitgliedes im Landesausschuss, Wahl der Vertreter zur Vertreterversammlung zur Europawahl

Delegiertenschlüssel: Jede BO hat ein Grundmandat. Basisorganisationen mit mehr als 20 Mitgliedern können zwei, Basisorganisationen mit mehr als 30 Mitgliedern drei Delegierte quotiert wählen.

Wolfgang Schmidt

Schön Lucy bei den LINKEN

Lucy Redler, ehemalige Spitzenfrau der Berliner WASG, ist nun auch bei den LINKEN angekommen. Wer nun meint, LINKE-Lust-Greise darob in Lustschreie ausbrechen zu hören, täuscht sich gleich doppelt: Denn diese gibt es in der LINKEN nicht, höchstens Frust-Greise. Und die stöhnen bei dieser Nachricht nicht vor Lust, sondern aus Frust!

Nachsatz: „Frust-Greise“ gibt es natürlich bei den LINKEN auch nicht – oder? -kl-

Neue Plebiszite

Von Peter-Rudolf Zotl

Vor kurzem hat das Volksbegehren begonnen, das Pflichtfach „Ethik“ und das freiwillige Fach „Religion“ zu gleichberechtigten Wahlpflichtfächern zu machen. Zugleich hat der Senat den Antrag auf ein Volksbegehren zur Änderung im Wahlrecht weitestgehend akzeptiert. So könnte es mit der Europawahl („Pro Reli“) sowie mit der Bundestagswahl („Wahlrecht“) zu Volksentscheiden kommen.

Geht es um Demokratie?

Das Anliegen von „Pro Reli“ scheint basisdemokratisch: Jedes Kind soll die freie Wahl haben, ob es am Religionsunterricht oder am Fach „Ethik“ teilnimmt. Geht es aber wirklich um Demokratie und Wahlfreiheit?

Das Grundgesetz regelt, dass in Bremen und Berlin, wo bei Inkrafttreten des Grundgesetzes der Religionsunterricht kein Pflichtfach war, diese Regelung fortbestehen kann (Bremer Klausel). Die Möglichkeit, Religion als freiwilliges Zusatzfach anzubieten, hat sich im multikulturellen Berlin, in dem zudem weniger als 40 Prozent der Menschen überhaupt religiös gebunden sind, bewährt. Soll ein Ausstieg aus der „Bremer Klausel“ der Einstieg in eine Missionierung sein und der sinkenden Zahl von Kirchenmitgliedern entgegenwirken?

Integration oder Abgrenzung?

Religion und Ethik sind keine gleichartigen Pendanten, sondern eher Kontrastprogramm. Beide vermitteln zwar Werte, aber im konfessionellen Religionsunterricht erfolgt das aus der Sicht der jeweiligen Religion, also häufig in Abgrenzung von anderen Sichten. Im staatlich verantworteten Ethikunterricht hingegen werden Werte übergreifend sowie im Mitein-



Plebiszite sind der Kern von Demokratie – auch wenn man nicht immer alle Anliegen teilt, sagt Peter-Rudolf Zotl.

ander von Christen, Atheisten, Moslems, Juden usw. erarbeitet. Während Ethik integriert, trägt der Religionsunterricht dazu bei, die soziale Ausgrenzung durch eine geistige Abgrenzung zu verfestigen.

Ethik ist gerade wegen des Disputs zwischen den verschiedenen Weltanschauungen ein demokratischer Unterricht. In einer Direktive für den katholischen Religionsunterricht wird hingegen gefordert, in diesem Fach den Allmachtsanspruch des Papstes systematisch zu verankern. Und was der z. B. über andere Religionen äußert, ist weder integrativ noch demokratisch.

Auch im Ethikunterricht nehmen die Religionen einen gehörigen Raum ein. Aber über sie wird nicht in idealisierender Eigenwerbung, sondern in ausgewogener Abwägung informiert. Ethik bietet Grundlagen für Suchen und Selbstentscheidung. Der konfessionelle Religionsunterricht hat den Anspruch, Menschen noch fester an eine Ideologie zu binden und kritische Distanz – eine entscheidende Bedingung für tatsächliche Werteaneignung – zu verhindern.

Fazit: Religion muss freiwilliges Zusatzangebot und Ethik muss Pflichtfach bleiben.

Wahlrechtsänderung

Bei den Veränderungen im Berliner Wahlsystem geht es darum:

- Alle erhalten fünf Stimmen, die auf eine Partei konzentriert oder auf mehrere Parteien aufgeteilt werden können.
- Bei den Parteien, für die man gestimmt hat, kann auf dem Wahlschein die Kandidatenreihenfolge geändert werden.
- Pro Wahlkreis soll es bis zu sieben Direktmandate geben.
- Alle erhalten eine Ersatzstimme, die dann zur Geltung kommt, wenn die bevorzugte Partei die Sperrklausel nicht überspringt.
- Es soll bei Abgeordnetenhauswahlen nur noch Landeslisten geben.

Diese Vorschläge sollen kleineren Parteien und Einzelkandidaten mehr Chancen eröffnen sowie „Parteienkungeleien“ bei der Listenaufstellung einen Riegel vorschieben. Sie sind nach Auffassung des Senats zum größten Teil zulässig, wenn auch für eine 3,5-Millionen-Stadt mitunter sehr kompliziert. Diese Bedenken gelten auch für die BVV-Wahlen. Und die Listen der Parteien werden auch zumeist nicht „zusammengekugelt“, sondern nach persönlicher Eignung und fachpolitischen Erfordernissen für eine spätere Fraktionsarbeit erstellt.

Nicht zulässig

Im Gegensatz zur Berliner Verfassung stehen hingegen die Mehrmandatswahlkreise und die Ersatzstimme. Es ist klar – z. B. auch über die Sperrklausel – geregelt, dass nur ins Parlament kommt, wer über ein bestimmtes Wählerquotum verfügt. Zudem liegt in jeder Wahl das Risiko, ob die eigene Stimme auch „gewinnt“.

Nur so spiegelt das Parlament den Wählerwillen wider, durch wen man mehrheitlich vertreten und durch wen man nicht vertreten sein will. Das durchbrechen zu wollen, würde letztendlich den tatsächlichen Mehrheitswillen auf den Kopf stellen.

Unsere Sprechstunden

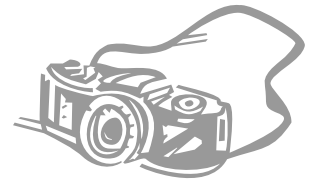
So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 29. Oktober, 16 Uhr, Bürgerhaus Welsekiez, Welsestraße 30
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 9. Oktober, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum Fennpfuhl, Landsberger Allee 180 D
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 28. Oktober, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus

- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 6. November, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 13. Oktober, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus, und am 22. Oktober, 17 Uhr, Kieztreff Anna-Ebermann-Straße 26

Alle Abgeordneten bieten auch Termine nach Vereinbarung an und kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen.

Ladet uns ein!



Konflikt im Kaukasus – wie weiter?

Von Dr. Hans Voß, Botschafter a. D.

Zwar schweigen im Kaukasus die Waffen, doch die Auseinandersetzungen über das Wesen des Konflikts und über die Aussichten gehen weiter. Die USA und die NATO-Staaten weigern sich beharrlich, das Offensichtliche anzuerkennen, nämlich dass Georgiens Präsident Saakaschwili ein Aggressor ist und das Völkerrecht gebrochen hat.

Stattdessen wird Saakaschwili als Opfer hingestellt, dem umfangreiche finanzielle und wirtschaftliche Hilfe gegeben werden müsse. Dazu gehöre auch die Lieferung von Waffen und Ausrüstungen. Besonders die USA drängen darauf, eine Entscheidung über den NATO-Beitritt Georgiens noch in diesem Jahr zu treffen. In NATO-Aktivitäten wird Georgien schon jetzt einbezogen.

Dieses Vorgehen ist begleitet von ständigen antirussischen Attacken. Der Öffentlichkeit wird das Bild vermittelt, als habe Russland durch seinen Akt der Selbstverteidigung das Völkerrecht gebrochen. Durch seine Anerkennung der Unabhängigkeit Südossetiens und Abchasiens sei zudem die territoriale Integrität Georgiens verletzt worden. Als dringendste Aufgabe wird der Rückzug der russischen Streitkräfte aus Georgien ausgegeben.

NATO will sich festsetzen

Man kann verstehen, dass die NATO bemüht ist, verlorenes Terrain zurückzuerobern. Doch die Voraussetzungen dafür sind nicht besser geworden. Indem Südossetien und Abchasien sich für selbständig erklärt haben, haben sie

sich völlig der georgischen Oberhoheit entzogen. Dieser Prozess wird noch dadurch bestärkt, dass Russland die beiden Neustaaten anerkannte und sich bereit erklärte, deren Sicherheit zu garantieren. Dem geplanten Zugriff der NATO auf das ganze Georgien ist damit ein Riegel vorgeschoben worden.

Das Geschrei, damit sei ein Völkerrechtsbruch erfolgt, ist heuchlerisch. De facto waren Südossetien und Abchasien bereits seit langem aus dem georgischen Staatsverband herausgelöst. Ihre formell nicht geregelte Stellung verführte Saakaschwili immer aufs Neue zu militärischen Abenteuern.

Im Interesse dauerhafter Stabilität in der Region soll zwischen den beiden Neustaaten und Georgien eine militärische Pufferzone eingerichtet werden. Wie man hört, soll sie etwa 7 km tief sein. Urbane Zentren sollen sich nicht in ihr befinden. Strittig ist, ob die Zone beide Seiten des Grenzgebietes erfassen soll, wie es der Westen fordert. Russland vertritt den Standpunkt, dass Gebiete Südossetiens und Abchasiens dafür nicht zur Verfügung stehen, denn nicht von ihnen gehe eine militärische Bedrohung aus.

Unterschiedliche Sichtweisen gibt es auch hinsichtlich der Aufgaben einer internationalen Beobachtermission, die in der Pufferzone aktiv sein soll. Russland sieht ihren Sinn darin, zu überwachen, dass eine erneute Massierung der georgischen Armee im Grenzgebiet nicht erfolgt. NATO und EU meinen ihrerseits, die Mission solle deshalb vor Ort sein, um zu



Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

● Sprechstunde:

5. November, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden!), sowie nach Vereinbarung

Die in Lichtenberg wohnenden Europaabgeordneten bieten Termine nach Vereinbarung an: **Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann** (Europabüro Unter den Linden 50, 10117 Berlin, ☎ 2277 1406); **Sahra Wagenknecht** (Europabüro Krossener Straße 9, 10245 Berlin, ☎ 2123 8998).

Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!

überprüfen, ob alle russischen Truppen aus Georgien abgezogen sind. Aus einem Instrument zur Zügelung aggressiver Absichten würde folglich eines zur Kontrolle russischer militärischer Bewegungen.

OSZE bleibt außen vor

Entschieden ist, wer die Beobachtermission bildet und leitet. Mit Zustimmung Russlands ist die EU gegenwärtig dabei, eine solche Mission zusammenzustellen. Ihr werden 200 Personen angehören, darunter 40 Deutsche. Nur kurzzeitig war davon die Rede, dass die OSZE die Verantwortung übernehmen könnte. Sie habe Erfahrung bei der Beilegung internationaler Konflikte. Sie habe außerdem Beobachter in Georgien und könne deren Zahl rasch erweitern.

Unter Verweis darauf, dass die OSZE seit Jahren nur noch ein Schattendasein führe – ein Umstand, der im Wesentlichen von den NATO-Staaten herbeigeführt wurde – wandte man sich der EU zu. Im Gebiet des Kaukasus wird folglich nicht eine Organisation agieren, der alle europäischen Staaten, also auch Russland, angehören. Der Weg zur Entmachtung der OSZE wird fortgesetzt.

Alles in allem: Der Streit um Einflussphären im Kaukasus geht weiter. Die NATO hat zwar durch die entschlossene russische Reaktion auf das militärische Abenteuer ihres Verbündeten eine Schlappe erlitten. An ihren Plänen zur Formierung einer antirussischen Allianz im Kaukasus hält sie jedoch fest. Dabei werden alle politischen Bedenken und rechtlichen Skrupel über Bord geworfen.



Singe, wem Gesang gegeben



Foto: privat

Am 21. September trafen sich 17 Chöre zum 4. Lichtenberger Chorsommer unter der Schirmherrschaft von Bürgermeisterin Christina Emmrich und verantwortet von der Vorsitzenden des Vereins „Gemeinsam in Lichtenberg“. Viele Besucher zeigten sich beeindruckt vom hohen Niveau des Chor-Gesangs. Gut genutzt wurde auch das Rahmenprogramm für die ganze Familie.

Buchtipps



Die Liquidatoren

Bereits 1996 erschien dieses Buch von Ralph Hartmann. Die Treuhandanstalt hatte das Volksvermögen der DDR zum Nachteil ihrer Bürger vollständig zerschlagen. Liquidiert waren die VEB, eine effektive Landwirtschaft – vernichtet Millionen von Arbeitsplätzen. Nun liegen „Die Liquidatoren“ in einer 2. Auflage vor – fortgeschrieben mit einem Kapitel aus Fiktion und Fakten, in dem einige Initiatoren und Akteure der

Treuhand erneut Bilanz ziehen. Man trifft sich im Hotel Adlon und bestätigt sich: „Die DDR war kein Lust-, sondern ein Lastobjekt. Nichts fürs Lotterbett, sondern fürs Sterbelager ...“ Der Autor fragt, „weshalb sich die bundesdeutschen Zuhälter und Freier so gierig auf das ‚Nicht-Lustobjekt‘ stürzten?“ Er will wissen „wie in einem solchen ‚Pleiteunternehmen‘ ... zum Zeitpunkt der Währungsunion die Pro-Kopf-Verschuldung mit 5 298 DM mehr als dreimal geringer war als in der BRD ...“ Allein dieses ergänzende Kapitel ist es wert, das Buch erneut oder auch zum ersten Mal zu lesen. *Inge Uesseler*

- Ralph Hartmann: „**Die Liquidatoren**“, edition ost 2008, 255 Seiten, 12,90 €, ISBN 978-3-360-01091-9

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin,
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE,
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 8/08: 28.9.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 9/08:

Mittwoch, 15.10., und 5.11., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 4.11.

Die nächste Ausgabe erscheint am 13.11.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonntag, 5.10., 10 Uhr**
Spezialführung im Tierpark Berlin: „Haustier-Rassen und ihre Urformen“; Eingang Bärenschaufenster
- **Montag, 6.10. 18 Uhr**
„Kohlhaas“, Schauspiel von Heinrich Kleist (für Jugendliche); Theater an der Parkaue, S- und U-Bhf. Frankfurter Allee
- Der Reiseclub der KULTSchule bietet an:
Dienstag, 7.10., 8–18 Uhr: Besichtigung des Klosters und der Brauerei Neuzelle, Fahrpreis: 31 Euro, **Donnerstag, 9.10., 8–18 Uhr:** Fahrt nach Rheinsberg, Schloss, Tucholsky-Museum und Keramik-Fabrik; Fahrpreis: 25 Euro, Anmeldung jeweils unter Telefon 525 12 68
- **Sonabend, 11.10., 20 Uhr**
Lesen im Duett: Durch das ferne Russland begleitet Sie „Physalis“, Texte von Puschkin, Tolstoj u. a.; Jugendkunstschule, Demminer Straße 4, Eintritt 7,50/4,50 €
- **Mittwoch, 15.10., 19 Uhr**
Buchvorstellung: Heinz-Florian Oertel stellt im Gespräch mit Bärbel Grygier sein Buch „Peking 2008. Unser Olympiabuch“ vor; Ratskeller, Möllendorffstraße 6
- **Donnerstag, 23.10., 11 Uhr**
Lesung und Gespräch: „Massel“, mit der Autorin Digne M. Marcowicz, sowie Schülern über die Zeit der nazistischen Verbrechen an Juden; studio im hochhaus, Zingster Straße 25, S-Bhf. Wartenberg/Hohenschönhausen, Straßenbahn M 4
- **Freitag, 24.10.**
Bundesweiter Tag der Bibliotheken, Veranstaltungen in allen Bibliotheken
- **Freitag, 24.10. und Sonnabend., 25.10., jeweils 20 Uhr**
„Von links nach quer gelacht“, Humor, Spott, Ironie, Satire im Zimmertheater; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Sonabend, 25.10., 19 Uhr**
Swingbrothers und Papa Binnes Jazzband; Kulturhaus Karlshorst
- **Mittwoch, 29.10., 15 Uhr**
„Unter einem Regenschirm am Abend“, musikalisches Programm mit Vera Schneidenbach, Eintritt 3 €; Begegnungsstätte Hönower Straße 30 a, U-Bhf. Tierpark
- **noch bis Sonntag, 7.12.**
Ausstellung: „Recherchen“, Malerei und Zeichnungen von Jörg Bürkle; Mies-van-der-Rohe-Haus, Oberseestraße 60
- **Sonabend, 8.11., 11–14 Uhr**
Familientag zu den 19. Berliner Märchentagen; Anton-Saefkow-Bibliothek